

Stadt Bern stellt zweisprachigen Unterricht wieder ein

Raphael Bühlmann

Stadt Bern stellt zweisprachigen Unterricht wieder ein

Die Stadt Bern stellt ihre deutsch-französischen Schulklassen im Sommer 2026 wieder ein. Zehn Lehrpersonen werden in diesem Zusammenhang entlassen, 14 Mitarbeitende aus der Tagesbetreuung erhalten eine Folgeanstellung.

Für die 91 betroffenen Schulkinder bedeutet die Einstellung einen Wechsel an den Schulstandort ihres Wohnquartiers per August 2026, wie die Stadtberner Bildungsdirektion am Dienstag mitteilte.

Der zweisprachige Schulversuch wurde 2019 am Standort Matte eingeführt und umfasst heute vier Klassen im Zyklus 1 und 2, sprich vom Kindergarten bis in die 6. Klasse. In den «Classes bilingues de la Ville de Berne» erfolgt der Unterricht zur Hälfte auf Deutsch und zur Hälfte auf Französisch.

Zu komplex, zu teuer

Dass die Stadt das Angebot nach knapp sechs Schuljahren nicht verlängert, begründet sie mit «fachlichen, organisatorischen und finanziellen» Gegebenheiten. Der Lehrplan 21 und der Plan d'études romand seien zu wenig kompatibel. Zwei Sprachen gleichwertig zu unterrichten, gehe auf Kosten der obligatorischen Fächer, hiess es im Communiqué.

Weiter habe sich die Personalplanung, die Schulentwicklung und die Weiterbildung der Lehrpersonen vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels als «ausserordentlich anspruchsvoll» erwiesen, schrieb die Stadt weiter.

Für eine allfällige Erweiterung auf den Zyklus 3 habe die Stadt zudem keinen Schulstandort gefunden. Nicht zuletzt seien für den zweisprachigen Unterricht Mehrkosten von bis zu einer Million Franken pro Jahr entstanden. Es bleibe eine Herausforderung, «in einer immer dichter werdenden Stadt genügend Schulraum zu schaffen und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Prioritäten zu setzen». (rbu/sda)

Bürgerliche fordern Aufarbeitung

Die städtische FDP bezeichnete die Begründungen des fehlenden Schulraums und der angespannten Finanzen in einer Mitteilung als unglaubwürdig. Dass die Stadt «dem erfolgreichen Projekt ohne vorgängige Diskussion den Stecker zieht und die Eltern vor vollendete Tatsachen stellt», sei schwer nachvollziehbar, schrieb die Partei.

Die Mitte wiederum sprach von einem «fatalen Signal für die Zweisprachigkeit im Kanton Bern». Es brauche eine Anschlusslösung für die Schulkinder und eine kantonale Strategie für die Zukunft des zweisprachigen Unterrichts, hiess es in einer Mitteilung. Die Partei kündigte an, entsprechende Vorstösse ins Stadtparlament zu tragen.

Eine politische Aufarbeitung und eine kantonale Strategie forderten der Verein Bern Bilingue und das Forum für Zweisprachigkeit. Der Entscheid sei ein «bildungspolitischer Skandal», schrieben sie in einem gemeinsamen Communiqué. (sda)